

# Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten, Falkenstein-Anzeiger  
Hornauer Anzeiger Eppenheim, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalt: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzelle im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Montag  
18  
November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachlaß. Jede Nachlaßbewilligung wird künftig bei gerichtlicher Beirathung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Taxen 1.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis 10 Uhr spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Geschäftsstellen in der Geschäftsstelle eingekommen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird ausschließlich bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 181 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:  
Pb. Kleinbühl, Königstein im Taunus.  
Postfach-Nr. 1: Frankfort (Main) 927.

Geschäftsstelle:  
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.  
Telefon-Nr. 44.

42. Jahrgang

## Bekanntmachungen, Anordnungen.

An die aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere und Mannschaften.

Berlin, 15. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) (Bekanntmachung.)

1. An jeden am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann soll verabsolgt werden:

a) Unentgeltlich ein Entlassungsanzug (soweit Vorrat reicht: Zivil, sonst Uniform).

b) Ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 M. und als Marschgeld, soweit Marschgebühren zuzuständig sind, vom Truppenteil ein Pauschalbeitrag von 15 M.

2. Verabsolgtung von 1 b wird abhängig gemacht von ordnungsmäßiger Entlassung:

Dazu gehört:

a) Abgabe noch im Besitz befindlicher Waffen und Munition.

b) Empfangnahme der Entlassungspapiere.

c) Anerkennung der Stammmrolle.

Soehre, Unterstaatssekretär, Scheuch, Kriegsminister.

## Neuordnung der Kommandoverhältnisse.

Berlin, 15. Nov. (W. B.) Um die einheitliche Regelung der Demobilisierung durchsetzen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellvert. Generalkommandos, der Generallstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Volkstagsrates des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Volkstagsrat des Arbeiter- und Soldatenrates: Rollenbuhr, Richard Müller.

## Die Kriegsbeschädigtenversorgung.

Berlin, 15. Nov. Wie der „Vorwärts“ berichtet, steht eine völlige Neuordnung des gesamten Kriegsbeschädigten-Versorgungswesens auf reichsgesetzlichem Wege bevor. Das Mannschafteversorgungsgesetz von 1906 soll von Grund auf umgearbeitet und nach sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden, ferner ist die Einführung des gesetzlichen Beschäftigungszwanges zugunsten der Kriegsbeschädigten geplant. Die Kriegsfürsorge soll künftig dem Reichsarbeitsamt unterstehen.

Der Hauptsekretär des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Erich Kohnmann, wurde in die Zentrale der amtlichen Fürsorge berufen.

## Entlohnung der Kriegsgefangenen im 18. U.-K.

Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager, Frankfurt a. M., macht bekannt, daß nach Verfügung des Kriegsministeriums mit Wirkung vom 11. November 1918 ab alle Kriegsgefangenen auf Arbeitsstellen mit der Löhnung der freien deutschen Arbeiter abzüglich Verpflegung und Unterkunftskosten zu entlohnen sind.

Bis einschließlich 10. November 1918 bleiben die mit der Inspektion vertraglich getroffenen Vereinbarungen bezüglich Entlohnung usw. in Kraft. Die Arbeitgeber rechnen bis zu diesem Tage mit der Inspektion ab.

Frankfurt a. M., den 15. November 1918.

Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager des 18. U.-K. Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates.

## Erhöhung der Mannschafteilöhne.

Berlin, 17. Nov. Gestern abend fand eine Besprechung des Volkstagsrates der Arbeiter- und Soldatenräte mit der Reichsregierung wegen der von dem Mitglied Walsh angelegten Lohnerhöhung der Mannschaften statt. Diese dürfte bereits im Laufe des heutigen Tages in Kraft treten.

## Ein Erlaß an die Landgendarmarie.

Seitens des Ministeriums des Innern ist folgender Erlaß an alle Regierungspräsidenten ergangen:

Der Erlaß vom 13. November betreffend die Weiterbetätigung aller Verwaltungsbehörden und Verwaltungsbe-

amten gilt auch für die Landgendarmarie. Es ist dafür zu sorgen, daß den Gendarmariemannschaften die Waffen belassen bzw. zurückgegeben werden. Die Weiterbetätigung an die Oberwachmeister und Gendarmen und durch die amtlichen Publikationsorgane ist zu veranlassen.

Ministerium des Innern: Breitscheid, Hirsch.

## Die Entschädigung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 17. Nov. (W. B.) An alle Staats- und Kommunalbehörden: 1. Die Kosten, welche durch eine angemessene Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräte für ihre Wählerverwaltung entstehen, sind von derjenigen Stelle zu tragen, bei welcher der Rat seine Tätigkeit ausübt. Danach sind sie bei den Staatsbehörden auf staatliche Fonds (Geschäftsbedürfnis) und bei den Kommunalbehörden auf kommunale Fonds zu übernehmen. Erstrekt sich die Wirksamkeit des Rates sowohl auf staatliche wie auf kommunale Behörden, so sind die Kosten angemessen zu verteilen; 2. Vor Auszahlung der Vergütung haben diejenigen lokalen Organisationen, welche den Arbeiter-, Soldaten- und Bauerrat eingesetzt haben, die Legitimation des anfordernden Mitgliedes zu prüfen; 3. Im allgemeinen ist der entgangene Arbeitsverdienst zu vergüten. Hierzu tritt eine angemessene Aufwandsentschädigung und der Ersatz der baren Auslagen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich um öffentliche Gelder handelt, daß mithin bei dem Ernst der Zeit möglichste Sparsamkeit geboten ist; 4. Aus dem gleichen Grunde ist auf tunlichste Beschränkung der Zahl der Mitglieder jeden einzelnen Rates Bedacht zu nehmen.

Berlin, den 16. November 1918.

Die preussische Regierung:

(gez.) Hirsch, Ströbel, Dr. Südekum.

## An die landwirtschaftliche Bevölkerung!

Berlin, 17. Nov. (W. B.) Die Lieferungen an Lebensmittel, die durch die bestehenden Vorschriften zur Sicherung der Volksernährung den Landwirten auferlegt worden sind, müssen nach wie vor regelmäßig und in voller Höhe erfüllt werden. Nur das schließt das deutsche Volk vor noch größerer Not und die landwirtschaftliche Bevölkerung vor der Gefahr, daß ihr rechtswidrig mehr genommen wird, als sie jetzt pflichtgemäß zur Ablieferung zu bringen hat. Wenn die heimkehrenden Truppen und die städtische Bevölkerung darben, weil die Vorräte von den Landwirten zurückgehalten werden, so besteht die Gefahr, daß ihnen mit Gewalt mehr genommen wird, als sie zu liefern verpflichtet sind. Landwirte, erfüllt deshalb eure Pflicht. Alle Organisationen der Landwirte und alle wirtschaftlichen Behörden werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

(gez.) Barm.

Das preussische Landwirtschaftsministerium.

(gez.) Braun, Hofer.

## Ein Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung richtete folgenden Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen:

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen Kultur und historischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.

2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.

3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie die gegenwärtige Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schulpflichtigen das Ansehen und die Erregungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.

4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, das geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem

flachen Lande) zu schüren, da ein solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.

5. Bis zum Erlaß über die Trennung von Schule und Kirche sind die Kinder von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

## Die Uebergabe der Flotte.

London, 16. Nov. (W. B.) Reuter erfährt: Der deutsche Kreuzer „Königsberg“ unter dem Befehl des Admirals Reuter mit einer aus drei Marineoffizieren und vier Mitgliedern des Matrosen- und Soldatenrates bestehenden Kommission an Bord, wird heute abend am Treffpunkt vor dem Firth of Forth mit dem britischen Oberkommandierenden, der von französischen und amerikanischen Schiffen begleitet sein wird, zusammentreffen, um die Einzelheiten über die Auslieferung der Ueberwasserfahrzeuge und der U-Boote zu vereinbaren. Wahrscheinlich werden die deutschen Schiffe nach einem vereinbarten Ort zusammengebracht und nach einer vorübergehenden Inspektion von der Navigationsabteilung übernommen werden, die sie an den Platz der Bestimmung führen werden. Die zehn auszuliefernden Schlachtschiffe werden wahrscheinlich folgende sein: „Raifer“, „Prinzregent Luitpold“, „Raiferin“, „König Albert“, „Markgraf“, „Aronprinz Wilhelm“, „Großer Kurfürst“, „Bayern“, „Friedrich der Große“, „König“. Außerdem sechs Panzerkreuzer, nämlich: „Derfflinger“, „Hindenburg“, „von der Tann“, „Seydlitz“, „Moltke“ und noch ein anderer. Unter den auszuliefernden leichten Kreuzern werden sich „Brummer“ und „Bremse“ befinden. Die seit Beginn des Waffenstillstandes in Schweden internierten deutschen U-Boote müssen den Alliierten übergeben werden. Außerdem wurden Vorkehrungen zur Uebernahme aller deutscher Schiffe im Schwarzen Meer getroffen.

London, 15. Nov. (W. B.) Reuter meldet, daß die Durchführung der auf die Luftstreitkräfte bezüglichen Bedingungen rapide Fortschritte mache. In den drei letzten Tagen hätten die königlichen Luftstreitkräfte mit der deutschen Räumung Schritt gehalten und machten höchst befriedigende Fortschritte nach dem Rhein. Eine große Zahl von feindlichen Fliegerlagern, die am letzten Montag noch in Feindeshand gewesen sind, seien jetzt im britischen Hauptquartier Kampf-, Aufklärungs- und Bombengeschwader.

## Die Heimkehr der Truppen.

Rhein, 17. Nov. Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prangen die rheinischen Städte in reichem Flaggenschmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen an. Die Durchführung der Verpflegungsmassnahmen ist in vollem Gange. In Aachen werden außer anderen Räumen zur Unterkunft der Truppen 100 Schulen in Anspruch genommen. An den Zufahrtsstraßen werden städtischerseits Verpflegungsstationen errichtet. 600 Mann Bürgerwehr haben ihre Tätigkeit begonnen. Bisher vollzog sich der Durchzug durch die rheinischen Großstädte in vollster Ordnung und Ruhe.

Bern, 16. Nov. (W. B.) Bei den derzeitigen Rückzugsbewegungen werden, wie der „Petit Parisien“ hervorhebt, von den deutschen Truppen nicht die geringsten Repressalien oder Beschädigungen vorgenommen. Die französische Presse befreit, daß an der Front in Frankreich deutsche und Entente-truppen fraternisieren.

## Prinz Eitel Friedrich.

Berlin, 17. Nov. An den Viskafäulen in Potsdam ist seit heute folgender Anschlag zu lesen: „Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich.“

## Die Antwort Lansing an Solf.

Sarg, 17. Nov. Reuter meldet aus Washington: Lansing antwortete auf die Note Soffs, worin er auf einen raschen Friedensschluß drängt, daß Solf sein Ersuchen nicht allein an die Vereinigten Staaten, sondern an alle Alliierten richten müsse.

## Der Waffenstillstand. Zugeständnisse.

Berlin, 17. Nov. Die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht die Fortsetzung ihres Berichtes über die Verhandlungen im französischen Hauptquartier. Der Bericht gibt diesmal eine ausführliche Darstellung des Verlaufes der Verhandlungen und Besprechungen und eine Zusammenstellung der von der Kommission erzielten Zugeständnisse. In dem Bericht heißt es u. a.:

Marshall Foch hatte zunächst jede Verhandlung abgelehnt. Es gelang aber, ihn umzustimmen und zu erreichen, daß Verhandlungen in nicht offizieller Form stattfänden. Die Grundlage bildete eine von der deutschen Delegation ausgearbeiteter Gegenvorschlag, der auf sämtliche Punkte einging. Nachdem Foch das Schriftstück erhalten hatte, wurde es in weiteren vertraulichen Besprechungen ausgiebig erörtert, wobei der Marschall auf sämtliche Gegenvorschläge einging und antwortete. Die Zugeständnisse sind in ihrer Mehrzahl schon bekannt. Einen wichtigen Erfolg erzielte die Waffenstillstandskommission in der elsass-lothringischen Frage. Sie setzte es durch, daß die in den französischen Bedingungen angewandte Bezeichnung pays envahi für die Reichslande ausgemerzt wurde, diese also nicht mehr als besetztes Gebiet bezeichnet wurden. Dadurch wurde für die Friedensverhandlungen die Anwendung der Wilsonschen Grundsätze auf die elsass-lothringische Frage in vollem Umfange gewahrt. Erreicht wurde ferner, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in den linksrheinischen Gebieten unverändert, also deutsch bleiben. Ein weiteres Zugeständnis ist es, daß die Rückkehr der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung sein soll. Auf die deutschen Vorstellungen gegen die verlangte Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe berief sich Marschall Foch immer wieder auf das Telegramm Bethmanns an den Pariser Botschafter Baron Schön von Ende Juli 1914, worin als Garantie der Neutralität Frankreichs die Besetzung von Toul, Epinal und Verdun gefordert worden war. Neu ist endlich die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen. Es wurde vielmehr für sie ehrenvoller Abzug erzielt und sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe in Sansibar von der Entente versorgt werden. Endlich bleibt es auch Deutschland vorbehalten, seine Kriegsschäden anzumelden.

## Vorfrieden.

Haag, 16. Nov. Die Präliminarverhandlungen für die Friedenskonferenz werden, wie schon gemeldet, in Versailles stattfinden und wahrscheinlich bis Ende Januar dauern. Alsdann wird die Behandlung der Einzelheiten des Friedensvertrages beginnen. Ueber den Ort für diese Verhandlungen scheint man sich in den Ententeländern noch nicht schlüssig zu sein. Es war die Rede davon, daß eine Zentralkommission in Paris oder Brüssel tagen sollte, die zahlreichen Nebenkommissionen, die mit der Friedenskonferenz verknüpft sein dürfen und die mannigfaltigen Fragen auf allen Gebieten zu erledigen haben, dann gefordert in einzelnen neutralen Hauptstädten zusammenzutreten. Es wurden dafür Haag und Bern, aber auch Kopenhagen genannt. Bestimmte Beschlüsse sind aber bisher nicht gefaßt.

Bern, 16. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Anlässlich der Reden Clemenceaus, Wilsons und Lord Cecils, die nach der „Berner Nationalzeitung“ eine wahre Erquickung sind, führt das genannte Blatt aus: „Alles das sei nur möglich, weil die deutsche Revolution einen großen Teil des Weltfriedens gegen Deutschland fortgeschwemmt habe und seit dem Sturz der Hohenzollern die Deutschen wieder mit der Welt lebten und Dank ihr wiederhergestellt seien. Dieser Segen der Revolution würde sich jedoch nur Glücke für Deutschland wenden, wenn die Diktatur der Militärpartei von einer Diktatur des internationalen Kommunismus abgelöst würde. Die Gefahr sei groß gewesen, daß Deutschland versuchen würde, zum Bannerträger des Bolschewismus zu werden, um dadurch nach russischem Muster sich von einem drückenden Frieden zu befreien. Wilson habe sehr deutlich auf die neue Gefahr aufmerksam gemacht. Wenn man den zahlreichen Meldungen glauben dürfe, habe sich in der deutschen Revolution eine sehr erfreuliche beruhigende Wendung vollzogen. In Deutschland scheint die Revolution sehr rasch die gefährlichen Kinderkrankheiten überwunden zu haben. Das deutsche Bürgertum sei eben doch eine andere geistige und wirtschaftliche Kraft, als das russische und Deutschland habe erkannt, daß es nur dann einen Frieden der Versöhnung erhalten könne, wenn es nicht durch den Bolschewismus die Weltordnung bedrohe. Es habe bereits eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen stattgefunden und man dürfe hoffen, daß das nur der Anfang sei. Die Entente begreife, daß ein verzweifeltes Deutschland für sie eine ernste Gefahr darstelle. Gegen den Bolschewismus gebe es nur eine Rettung, die im Frieden, im Bänderbund, in der Freiheit und im Segen demokratischer Arbeit liege. Daher sei es notwendig, die erneuernden Kräfte zu vermehren. Es gelte alle Hindernisse des Fortschrittes und der höchsten Produktionssteigerung fortzuräumen, die Proletariat zu verbürgerlichen und nicht die Bürger zu proletarisieren. Nur durch die Schaffung neuer Werte könne ein bolschewistischer Rückfall in politische und wirtschaftliche Barbarei überwunden werden. Ruhe, Friede, Freiheit und Arbeit seien die Waffen, mit denen die jetzt so drohende Weltkrisis des Bolschewismus niederzuzwingen sei.“

## Der baltische Staat.

Rurland hat sich den Beschlüssen des vereinigten Landrats von Livland, Estland, Riga und Desele angeschlossen und zwei Vertreter in den baltischen Regenschaftsrat entsandt. Dadurch ist nunmehr der Zusammenschluß aller baltischen Gebiete zu einem Staat vollzogen.

## Die ostafrikanischen Helden.

Haag, 17. Nov. Reuter meldet aus London: Der deutsche Befehlshaber in Ostafrika v. Lettow-Vorbeck hat sich ergeben.

Reuter meldet zur Uebergabe Lettow-Vorbecks noch, daß sie vom 14. vormittags am Gamberie südlich von Kasama im Norden Rhodesias auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen erfolgte.

Unbesiegt, nach ruhmvoller Verteidigung, hat der tapfere Führer der ostafrikanischen Schutztruppe, Oberst v. Lettow-Vorbeck, sich, durch das Gebot des Waffenstillstands gezwungen, mit dem kleinen Rest seiner Schar dem Feinde ergeben. Die von der kleinen deutschen Truppenmacht über vier Jahre durchgeführte Verteidigung von Deutsch-Ostafrika hat die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Sie wurde aufrechterhalten gegen den Ansturm der an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen Gegner, obwohl unsere Kämpfer seit mehr als drei Jahren von jeder Verbindung mit dem Mutterlande abgeschnitten waren und von Beginn des Krieges an ohne jede Möglichkeit, Unterstützung an militärischen Kräften, Munition und Lebensmittelzufuhr von außen zu erhalten. Es stand im ganzen eine Schutztruppe von rund 4500 Askaris mit etwa 300 weißen Offizieren und Unteroffizieren und vielleicht 2000 waffenfähige Weiße aus den Beamten und Anstößern zur Verfügung; wie viele sonstige Eingeborene hinzugekommen sind, ist bisher nicht bekannt geworden. Sie haben den Kampf zu führen gehabt mit den englischen, belgischen und zuletzt auch portugiesischen Truppen, deren sie aber trotz des zahlenmäßigen Rückstandes Herr geblieben wären, wenn nicht die Gegner schließlich übermächtige Verstärkungen durch die Burentruppen unter General Smuts erhalten hätten, die namentlich auch durch ihren großen Artillerie- und Kraftwagenpark ein Übergewicht hatten, dem die auf die moderne Kriegsführung gar nicht eingerichteten kleine deutsche Minderzahl schließlich weichen mußte. Aber bis zuletzt hat sie Beweise einer Kampfkraft gegeben, die auch dem Gegner Staunen und Bewunderung abnötigte.

Gegen etwa 80 000 Feinde hat die deutsche Truppe gekämpft und den Gegnern zahlreiche Niederlagen beigebracht. Auch auf den Rückzuggefahrten wurden ruhmvolle Einzelerfolge errungen, und immer wieder betätigte sich der unerschütterte Angriffsgedanke, der die Truppen und ihre Führer beseele, durch zahlreiche Vorstöße, noch zuletzt in den siegreichen Gefechten gegen die Portugiesen. Die ruhmvollen Verteidiger haben das Meiste geleistet, was man von ihnen erwarten durfte, ja weit mehr als das. Und in gleicher Bereitschaft stand ihnen die nicht wegfähige Zivilbevölkerung zur Seite, zur Pflege der Verwundeten und Kranken, zur Sicherung der Ernährung, zur Anfertigung alles dessen, was die Kampfführung erforderte, freudig alle Entbehrungen auf sich nehmend, welche die schwere Zeit brachte.

Der entsagungsvolle Opfermut, mit dem die Vertreter des Deutschtums auf entlegenen Posten ihre schwere Aufgabe ohne Banken und Jagen erfüllt haben, sucht in der Geschichte seines gleichen. Ungeheuer sind die Strapazen, die sie haben erdulden müssen. Nur der unerschütterliche Wille, die letzte Kraft gegen den Feind einzusetzen, konnte sie befähigen, diese Entbehrungen zu ertragen und den schon ermatteten Körper zu immer neuen Anstrengungen anzuspornen. Diesem stillen Heldentum gebührt unser unauslöschlicher Dank. Wie unsere Kämpfer in den anderen Kolonien, so haben auch die ostafrikanischen Helden dem deutschen Namen ein unvergängliches Ruhmesblatt zugefügt.

## Lebensmittelversorgung.

Haag, 17. Nov. Reuter veröffentlicht folgendes Londoner Telegramm: Die Politik, die die Alliierten für die Lebensmittelversorgung Deutschlands und Oesterreichs einschlagen werden, beruht auf dem Grundsatz, daß in allererster Linie auf die Bedürfnisse der Alliierten geachtet werden muß, dann auf die der Neutralen und schließlich die der Feinde. Die Alliierten können nichts tun, bevor sie die deutschen und österreichischen Schiffe haben. Daraus werden Schritte erfolgen um genau die Bedürfnisse der feindlichen Länder und die Ueberschüsse festzustellen, die den feindlichen Ländern verabreicht werden können. (Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit diese Meldung der wirklichen Politik der Vereinigten Staaten und der europäischen Entente entspricht. Der Inhalt des Telegramms erinnert mehr an Erpressung als an Hilfeleistung. Es scheint, daß manche Leute in England es sehr eilig haben, die deutsche und österreichische Rauffahrtflotte in die Hände zu bekommen.)

## Lebensmittel unterwegs.

Berlin, 15. Nov. (W. B.) Nach dem „Lokalanzeiger“ meldet die „Times“: Acht ehemalige deutsche Dampfer verlassen am 19. November mit Lebensmitteln für Deutschland beladen Newyork.

Washington, 16. Nov. (W. B.) Der Lebensmittelkontrollleur Hoover reiste am Sonnabend an Bord des Dampfers „Olympia“ nach Europa ab, um das Problem der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Frankreich, Belgien und den Ländern der Mittelmächte sowie des nahen Ostens zu studieren.

Vom Rheinsand, 15. Nov. Da im Rheinsand infolge der bevorstehenden Besetzung durch Truppen des Bierverbandes beim Fehlen der Zufuhr binnen Kurzem großer Mangel an Lebensmitteln droht, hat Kardinal Hartmann telegraphisch den Papst gebeten, beim Präsidenten Wilson dahin zu wirken, daß schleunigst Lebensmittel für die Rheinprovinz herübergeschafft werden. Außerdem hat sich der Kardinal schon vor mehreren Tagen an den Erzbischof von Utrecht mit der Bitte gewandt, sich wegen der Versorgung der Rheinprovinz mit Lebensmitteln unmittelbar mit dem amerikanischen Gesandten in Haag in Verbindung zu setzen.

## Die Kohlenversorgung.

Berlin, 16. Nov. (W. B.) Das Demobilisationsamt und der Reichskohlenkommissar geben bekannt, daß der Rückstrom des Heeres die Eisenbahnen so stark beansprucht, daß der Kohlenversand der westlichen Kreiere für kurze Zeit notgedrungen sehr stark sinken muß. Die Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die Nahrungsmittelindustrie und sodann der Hausbrand müssen bevorzugt werden. Die Gesamtindustrie muß mit ungewöhnlich starken Ausfällen und zeitweiliger Unterbrechung der Kohlenbelieferung rechnen. Die vorhandenen Kohlenvorräte müssen aufs äußerste gestreckt werden. Richtschnur für die Betriebsleitung muß sein, bei knapper oder auch bei zeitweilig ausbleibender Zufuhr ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Arbeiterentlassungen dürfen aus dieser Verschärfung der Kohlenlage heraus, die hoffentlich von kurzer Dauer sein wird, nicht stattfinden.

Budapest, 16. Nov. (W. B.) Die Vertreter des ukrainischen Nationalrates und der ungarische Ministerpräsident richteten an die Regierungen der Alliierten ein Telegramm, in dem diese gebeten werden, wegen Lieferung und Weiterbeförderung deutscher Kohle bei den in Frage kommenden Stellen einzuwirken, da infolge der Kohlennot Ungarns und des ukrainischen Staates die Beförderung von Truppen und Kriegsgefangenen in Frage gestellt sei.

## Die konstituierende Nationalversammlung.

Berlin, 16. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Wie der „Vorwärts“ erfährt, wird der Entwurf des Wahlgesetzes für die verfassunggebende Nationalversammlung noch heute fertiggestellt. Mit dem preußischen Minister des Innern ist die Verabredung dahin getroffen, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung Geltung haben soll.

Berlin, 17. Nov. Der im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung sieht für die Auslegung der Wählerlisten den 2. Januar 1919, als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. Der Entwurf ist heute fertig gestellt und bereits heute nachmittag von der Reichsregierung durchberaten worden. Es ist nicht unmöglich, daß diese noch größere Abänderungen an ihm vornimmt.

## Wechsel bei der Eisenbahn.

Berlin, 16. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der nach 12 1/2-jähriger Tätigkeit aus dem Amte scheidende Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach verabschiedete sich heute vormittag im Festsaal des Dienstgebäudes von den Beamten des Ministeriums und denen des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen. — Zum Minister der öffentlichen Arbeiten wurde der bisher schon in den Eisenbahnabteilungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten tätig gewesene Ministerialdirektor Hoff ernannt. — Schon in aller nächster Zukunft sind bedeutende Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstleistungen und Einkommensverbesserungen für Beamte und Arbeiter zu erwarten.

## Der Bundesrat.

Berlin, 16. Nov. (W. B.) Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Verordnung über die Ermächtigung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen: § 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach den Gesetzen und Verordnungen des Reichs zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben. § 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 14. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten:

Ebert, Haase, Staatssekretär des Innern i. V. Dr. Lewald.

## Verbleiben der Verwaltungsbehörden.

Berlin, 15. Nov. (W. B.) Das Ministerium des Innern teilt mit:

Durch den soeben veröffentlichten Runderlaß an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß Vertreter des Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernrats als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben und, vorbehaltlich der Vereinbarungen im einzelnen, bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. — Soweit die Verwaltungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widersetzen, liegt kein Anlaß vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihrer Ämter zu entsetzen. Gleichwohl laufen fortgesetzt Meldungen über eine derartige Behinderung oder Amtsentsetzung ein. Hier fordern wir gründliche und baldige Remedur. Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksernährung entstehen kann. An alle drückenden Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung, den von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte wieder zu ermöglichen. — Glaubt der Arbeiter- und Soldatenrat bzw. Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem Ministerium des Innern vorlegen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preußischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von den örtlichen Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

## Postfreiheit der Fürsten aufgehoben.

Seit gestern ist durch Verfügung des Reichspostamtes auch formell die Porto- und Telegrammfreiheit der regierenden Fürsten abgeschafft worden.

## Lokalnachrichten.

### Willkommen in der Heimat!

Sie kehren zurück, die tapferen Streiter, die vier Jahre unter unfäglichen Opfern und Leiden Deutschlands Grenze verteidigt haben — soweit der unerbittliche Krieg ihr Leben nicht ausgelöscht hat. Viele kommen nicht wieder. Allzu viele! Sie ruhen in fremder Erde. Unseres unwergänglichen Dankes gewiß, sind sie dahingerafft worden.

Denen, die wiederkehren, laßt uns das herzlichste Willkommen bieten, das wir ihnen zu bieten in der Lage sind. Sie finden ein anderes, neues Deutschland! Doch kommen sie trotz alledem zurück: in die Heimat. Laßt sie nicht zurückkommen, ohne daß sie dies freudig empfinden!

Zwar den Krieg haben wir verloren, und zu Jubel und überhäufender Freude besteht kein Anlaß — aber die Heimkehrenden wollen wir mit aller Liebe und aller innigen Freude empfangen. Das ist gewiß auch im Sinne der Soldaten, die heute die Wächter des neuen Volksstaates sind. Auch sie werden nichts anderes wünschen, als daß die von den Kampfstätten zurückkehrenden Brüder bei der Ankunft in der Heimat gewahrt werden: **Wir sind in der Heimat.**

Ueber all dem großen politischen Geschehen dieser Tage dürfen und wollen wir nicht vergessen, was wir den von den Fronten Zurückkommenden schuldig sind.

\* **Rönigstein, 18. Nov.** Seit gestern ist Rönigstein und die Orte an der alten Röm-Frankfurter Straße in Erwartung der in die Heimat zurückkehrenden deutschen Kämpfer. Seit gestern haben unsere Häuser auch wieder Klagenlaut angelegt zu Ehren der Streiter für deutsches Recht und Freiheit, sie sollen sehen, daß, wenn auch der Feldzug verloren ging, jezt und immerdar unwergessen bleiben werden der Heldennut, die Ausdauer und Aufopferung, wie sie Deutschlands Söhne unwergänglich in fast 51 langen Monaten bewiesen haben. Nicht mit jubelnder Freude, wie man es sich gedacht hat, nicht mit Musik und Glockenklang wird sich zwar der Empfang der Kämpfer vollziehen, aber mit dankbarem Herzen wollen wir alles aufbieten, um den aus Mühsal und Entbehrung zurückkehrenden Kämpfern das schwere Los zu erleichtern. Zu diesem Zwecke ist ein **Verpflegungsdienst** eingerichtet worden, hier sowohl wie in allen Orten, die an der Heeresstraße liegen, besonders auch in Cronberg und Oberursel. Für die Kreisversorgung wurden alle Lebensmittel auf Veranlassung des Landrates beschlagnahmt, wie letzterer in einer Bürgerversammlung in Homburg mitteilte. Und so ist zu hoffen, daß wenigstens größeres Elend, wie es bei dem Zurückfluten so großer Menschenmassen sonst nicht zu vermeiden wäre, hier abgewendet wird. Um dies zu erreichen, muß aber alle, alle und jede Hilfe, und wie wir hoffen, auch gerne gewährt werden.

\* Seit gestern kommen hier als Spitzen der zu erwartenden Truppenkörper große Mengen Kraftwagen und Lastkraftwagen hier durch, alle tragen grüne Zweige und jedes eine kleine rote Fahne. Scharfe Ralte (bis zu 3 Grad) ist für die heimkehrenden Truppen recht empfindlich.

\* Die Gerüchte, wonach die deutsche Heeresverwaltung die wehrpflichtigen Männer aus dem von der Entente zu besetzenden Gebiet und aus den neutralen Zonen nach dem bittlich davon gelegenen Deutschland befördern will, entbehren jeder Begründung. Die gesamte Bevölkerung wird unbehindert in ihren Heimatorten verbleiben können.

\* Die Frage der Besetzung und der Internierung der Wehrpflichtigen findet eine Klärung durch ein Telegramm des Staatssekretärs D. Solf an den Arbeiter- und Soldatenrat zu Köln. Es heißt darin: „Nach Artikel 5 des Waffenstillstandsvertrags hat Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete innerhalb 31 Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstands zu erfolgen. Vor Ablauf dieser Frist ist dennoch feindliche Besetzung nicht zu erwarten. Militärpflichtige Zivilbevölkerung wird nicht mit Internierung bedroht.“ Diese Nachricht dürfte auch zur weiteren Beruhigung der hiesigen Bevölkerung beitragen.

\* **Wer muß räumen?** Ueber diese hochwichtige Frage herrscht hier — so schreibt der „Mainzer Anzeiger“ — allenthalben geräht durch anderseitig veröffentlichte unrichtige Notizen, die größte Beunruhigung. Bis jezt liegt eine endgültige Entscheidung durch das Kriegsministerium dem Generalkommando noch nicht vor. Die Oberste Heeresleitung ist der Ansicht, daß die feindliche Besetzung der Rheinfestungen vor 30 Tagen nicht zu erwarten ist. Der Richtigkeit am nächsten dürfte wohl die uns von maßgebender Stelle mitgeteilte Annahme sein, daß von der Räumung nur die zur Zeit den Waffentrock tragenden Personen betroffen werden und alle anderen im wehrpflichtigen Alter stehenden Zivilpersonen ruhig an ihrem jetzigen Aufenthaltsorte verbleiben und die Dinge abwarten können, wie sie an uns herantreten. Auch hier gilt es vor allem Ruhe und Besonnenheit zu wahren.

\* **Keine Feldpost nach Oesterreich mehr.** In Oesterreich ist der Feldpostverkehr aufgehoben worden. Feldpostsendungen nach Oesterreich werden nicht mehr angenommen.

\* Nachdem die Erkrankungen an der Grippe im Abnehmen begriffen sind, konnte heute wieder mit der Schule begonnen werden; in der Fortbildungsschule geschieht dies morgen Abend um 5 1/2 Uhr.

\* **Saatgetreide darf bis 15. Dezember geliefert werden.** Nach der Saatgutverkehrsordnung ist die Lieferung von Saatgetreide zu Saatwecken nur bis 15. November zulässig. Da infolge des allgemeinen Arbeitermangels und der Grippeerkrankungen die Herbstbestellung vielfach noch nicht beendet ist, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungs-

amtes angeordnet, daß Wintergetreide zu Saatwecken noch bis zum 15. Dezember geliefert werden darf.

\* **Das Ende des 25-Pfennigstücks.** Am 1. Januar 1919 läuft die Frist zur Einlösung der 25-Pfennig-Stücke aus Kiesel ab, deren Einziehung und Außerfusslegung der Bundesrat zum 1. Oktober 1918 beschloß.

\* **Wer ist Ebert?** Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert stammt aus Heidelberg. Geboren am 4. Februar 1871 als Sohn eines Schneidermeisters, erlernte er nach dem Besuch der Volksschule das Sattlerhandwerk bei Sattlermeister Schmitt dort. Nach beendeter Lehrzeit ging Ebert als Handwerksbursche auf die Wanderschaft und bereiste Süd- und Norddeutschland. Schon früh schloß er sich der modernen Arbeiterbewegung an und wurde 1892 Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“. Im Jahre 1900 wurde Ebert Arbeitersekretär in Bremen. Durch sein zielbewusstes Auftreten in allen Fragen der modernen Arbeiterbewegung wurde die Parteileitung auf ihn aufmerksam, und im Jahre 1905 wurde er in den Vorstand gewählt und zwar zunächst Vorsitzender der Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands. Nach dem Tode Paul Singers wurde er zum Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Ebert gehört, wie das „Heidelb. Tagbl.“ sagt dem Reichstage seit 1912 an und vertritt den Wahlkreis Elberfeld-Barmen. Auch auf dem kommunalen Gebiet war er tätig und war von 1900—1906 Mitglied der Bremer Bürgerschaft und des Bürgeramts.

\* **Ablösung der Beamten.** Der bisherige Reichskanzler und Mitvorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Ebert, hat in seinem Aufruf die Beamten aufgefordert, auch wenn es ihnen schwer werden sollte, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen, ihre Pflicht zu tun, bis die Ablösung erfolgt. Das bedeutet also, daß alle Beamten, die nicht auf dem Boden der neuen Staatsform stehen, nach und nach abberufen werden sollen. Es steht mithin zu erwarten, daß erhebliche Änderungen in Organisation, Rangstufe und Gehältern der Verwaltung zu erwarten sind und daß auch die Titel künftig in Wegfall gelangen sollen. Auf der anderen Seite bleibt die Notwendigkeit einer tüchtigen Beamtenschaft für eine deutsche Republik gerade so bestehen, wie sie für das deutsche Kaiserreich bestand. Ohne Beamte mit Fachkenntnissen geht es nicht. Und dem Beamten muß gerade so sein Recht werden, wie allen anderen Bevölkerungsklassen.

\* **Auszeichnung von bedarfscheinpflichtigem Schuhwerk.** Zur Bekämpfung der Schleichhandelspreise soll bei bedarfscheinpflichtigem Schuhwerk auf beide Stiefel die Herstellernummer, Monat und Jahreszahl im Gelenk, der Kleinverkaufspreis auf der vorderen Lauffläche der Sohle mit großen deutlichen etwa 1 cm großen Zahlen tief und deutlich eingestempelt werden. Die Stempelung in der vorstehend angegebenen Weise hat vom 15. November 1918 an zu erfolgen.

## Kleine politische Nachrichten.

### Entlassung französischer Truppen.

Paris, 15. Nov. (W. B.) Havas. Der Kriegsminister ordnete an, daß die Jahrgänge 1887, 88, 89 entlassen und heimgeschickt werden.

### Ein Kreuzer gesunken.

Wien, 16. Nov. (W. B.) Die Blätter melden: Bei den hiesigen Marinekreisen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Flaggschiff „Balbec-Rouffean“ beim Einlaufen in die Bucht di Cattaro auf eine Mine gestoßen und gesunken sei. Der größte Teil der Besatzung soll gerettet sein.

## Letzte Nachrichten.

Berlin, 16. Nov. Die Ankündigung amerikanischer Zufuhren hat, wie in vielen anderen Artikeln, auch bei den Zigaretthändlern zu Preisstürzen geführt. Zigaretten, die gestern noch 1.20 M und mehr kosteten, sind heute mit 60 S ausgeschrieben und die Schaufenster sind seit längerer Zeit wieder gut gefüllt.

### Die Unabhängigkeit der Gerichte.

Berlin, 16. Nov. (W. B.) Im Anschluß an die Verfügung der preussischen Regierung vom 14. d. M. über die Zuständigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines A. und S.-Rates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem A. und S.-Rat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Die preussische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

### Die Behörden während der Besetzung.

Das preussische Ministerium des Innern teilt mit: Alle Behörden bleiben auch bei feindlicher Besetzung an ihrem Dienstsitz.

### Großes Explosionsunglück in Bahn.

Berlin, 16. Nov. (W. B.) Der „Volksanzeiger“ meldet aus Köln vom 15. November: Laut „Rheinischer Zeitung“ forderte ein Explosionsunglück in Köln-Bahn zweihundert Todesopfer. Ueber die Ursache ist nicht bekannt geworden.

### Unglücksfall auf dem Griesheimer Flugplatz.

Griesheim bei Darmstadt, 17. Nov. Auf dem Fluggelände des Truppenübungsplatzes wurden durch die umherfliegenden Stücke eines explodierten Flugzeuges vier Anaben getötet.

## An die Einwohner Königsteins!

Der Soldatenrat richtet an alle Einwohner die Bitte, freiwillige Gaben an Kartoffeln, Weisskraut, Selberüben, Kohlraben, Rauchmaterialien usw. für die durchreisenden Truppen zu spenden und in der Geschäftsstelle des Soldatenrates (ehem. Bierhalle) abzugeben. Jeder gebe was in seinen Kräften steht. Gedankt Eurer Söhne und Brüder!

## Beschlagnahmung.

Alles in Königstein untergebrachte Heeres-eigentum wird hiermit für beschlagnahmt erklärt. Jeder Hausbesitzer, in dessen Besitzum Heeresmaterial untergebracht ist, hat dasselbe unverzüglich auf dem Geschäftszimmer des Soldatenrates zu melden.

Die Einwohner werden dringend ersucht, wenn die von der Front zurückkehrenden Truppenkörper hier durchziehen, nicht auf der Straße herumzustehen und hauptsächlich die Kinder von der Straße fernzuhalten.

Neugierde kann unter Umständen den Tod bringen.

Rönigstein im Taunus, den 18. November 1918.

J. K. des Soldatenrates:  
Bilmer, 1. Vorsitzender.

## Sonder-Mehlkarten-Ausgabe.

Morgen Dienstag, den 19. November, findet die Ausgabe der Sonder-Mehlkarten in folgender Reihenfolge statt:

Strotkarten-Nr. 1—200	nachmitt. von 2 1/2—3 1/2 Uhr
201—400	3 1/2—4 1/2 "
401—600	4 1/2—5 1/2 "
601—800	5 1/2—6 "

Strotkarten-Kontrollabschnitte sind vorzulegen.

Rönigstein im Taunus, den 18. November 1918.

Der Magistrat, Jacobs.

## Betrifft Speckabgabe aus Haus-schlachtungen 1918/19.

Die für 1917/18 erlassenen Bestimmungen bezüglich der Speckmengen, die von den Selbstversorgern aus Haus-schlachtungen abgegeben werden müssen, bleiben für die diesjährige Haus-schlachtungsperiode bestehen.

Indem ich auf die Kreisverordnungen vom 17. und 25. November 1917 (Kreisblatt Nr. 121 und 123) verweise, ersuche ich die Ortsbehörden, diese Bestimmungen in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen und die Fleischbeschauer entsprechend zu benachrichtigen.

Bad Homburg v. d. H., den 5. November 1918.

Der Landrat: von Marx.

Wird veröffentlicht.

Rönigstein, den 14. November 1918.

Der Magistrat, Jacobs.

## Anordnung betr. Höchstpreise für Zucker.

I.

Die Ziffer 1 der Verordnung betr. Höchstpreise für Zucker vom 13. November 1917 (Kreisblatt Nr. 119) wird, wie folgt, abgeändert:

Gemahlener Zucker	52 Pfg. für das Pfund,
Würfelszucker	56 Pfg. für das Pfund.

II.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Bad Homburg v. d. H., den 9. November 1918.

Der Kreisaußschuß des Ober-Taunuskreises.  
von Marx.

Wird veröffentlicht.

Rönigstein, den 14. November 1918.

Der Magistrat, Jacobs.

## Falkenstein i. T.

Da ich ab heute vom Militär entlassen, werde ich die Vermittlung von allen Liegenschaften und Grundstücken aufs Neue übernehmen und bitte um Austräge aller Art. Ebenso bitte ich alle früheren Austräge zu erneuern.

Für sofort suche eine kleine, aber moderne

**VILLA** zu kaufen  
Josef Bauhofer,  
Falkenstein i. T.,

Fernruf Amt Königstein Nr. 175.

**Klavier** Fahrkuh,  
zu verkaufen.  
in 14 Tagen zum vier-

Ru erfrag. in d. Geschäftsst.  
**Plakate** &  
Cornelius Sommersheim,  
Rammolshain i. T.

Ein gut erhaltener, kleiner  
für Vereine und Geschäfte  
**gebrauchter Herd**  
Ph. Kleinböhl,  
zu kaufen gesucht. Zu er-  
fragen in der Geschäftsstelle.  
Rönigstein.

**Kirchliche Nachrichten aus der evangel. Gemeinde Rönigstein.**

Mittwoch, den 20. November: **Buß- und Betttag.**  
Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst, nachmittags 5 1/2 Uhr Beichte und hl. Abendmahl.

# Aufruf!

In wenigen Tagen sind von der Front zurückflutende

## Soldaten - Massen

zu erwarten, die hungrig nach ihrer Heimat wandern und Nahrungs- und Lebensmittel nehmen, wo sie sie finden.

Es gilt dieser **großen Gefahr** zu begegnen! Gründet in allen Orten

## Verpflegungsstationen,

die die Hungernden, so gut es geht, befriedigen, damit sie ihren Marsch fortsetzen können.

Jeder muß helfen und sich sofort der Ortsbehörde, die die Sache in die Hand nimmt, zur Verfügung halten und zwar sofort, da Eile nützlich und eine wirklich große Gefahr droht.

Bad Homburg v. d. G., 15. November 1918.

Der Landrat:  
von Marx.

Für den Arbeiter-  
und Soldaten-Rat:  
Rintelen.

## Bekanntmachungen

des Soldaten-Rates zu Königstein im Taunus.

Frauen, die gewillt sind in der hies. Verpflegungsstation für durchreisende Truppen zu spülen und sonstige Küchenarbeit zu verrichten, werden gebeten, sich morgen **Dienstag** vormittag auf dem Geschäftszimmer des Soldatenrates zu melden.

Alle männlichen Personen im Alter von 18 bis 48 Jahren haben sich unverzüglich auf dem Geschäftszimmer des Soldatenrates, Viehhalle, zu melden.

### Anordnung

Der Frankfurter Bahnhofskommandantur.

Jede Person, die mit der Bahn fährt, muß mit einem Fahrtausweis versehen sein. Die Ausweise werden nur in ganz dringenden Fällen ausgestellt.

Königstein, den 18. November 1918.

J. A. des Soldatenrates:  
gez. Billmer, 1. Vorsitzender.

## Arbeiter

werden von der Stadt eingestellt. Lohn bis 60 Pfennig pro Stunde.

Königstein im Taunus, den 16. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Sauberes, längeres

# Mädchen

gesucht.

Zu erfragen i. d. Geschäftsr.

## Dienstmädchen,

das alle landwirtschaftl. Arbeiten versteht, bei hoher Löhnung gesucht bei **Joh. Mitter, Hattersheim.** — Rothhofstraße 21. —

## Polizeiliche Ausweisscheine

sind zu haben in der Druckerei **Ph. Kleinböhl, Königstein, Hauptstrasse 41.**

Gebrauchte **Häcksel-Maschine** zu kaufen gesucht. **Gelbergstr. 6, Hornau i. T.**

5 Stück acht Wochen alte

# Ferkel

hat zu verkaufen **Anton Keller, Glashütten.**

## Zwei gute Fahrkühn

zu verkaufen **Fischbach, Winkelgasse 4.**

**Villen, Landhäuser, Wohn- und Geschäftshäuser, landwirtsch. Anwesen, industrielle Objekte, Hotels u. Wirtschaften**

sucht für Kapitalkräftige **Selbstkäufer der Grundstücks-Offerten-Verlag, Frankfurt a. M., Schillerhof.** Angebote umgehend erbeten.

## Briefpapiere u. Briefumschläge

für geschäftlichen u. privaten Gebrauch in Schwarz- oder Buntdruck zu haben in der

**Ph. Kleinböhl, Bernau 44 — Königstein.**

# An die Bürger und Einwohner von Königstein!

In unserer Stadt hat sich heute, wie im ganzen Deutschen Reich, der Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Derselbe wird unter allen Umständen dafür sorgen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben, Leben und Eigentum des Einzelnen geschützt und berechtigten Wünschen und Beschwerden, die ihm vorgetragen werden, Rechnung getragen wird.

Es ergeht daher die Bitte an die hiesigen Einwohner, allen Anordnungen Folge zu leisten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Kontrolle über die gesamte militärische Gewalt. Er sorgt für Ruhe und Ordnung. Plündern und Straßenraub wird strengstens bestraft, unter Umständen mit dem Tode. Offiziere und Militärbeamte verbleiben im Dienst, sofern sie sich den Anordnungen des Soldatenrats fügen. In gleicher Weise werden nach unseren Beschlüssen und Anordnungen alle kommunalen Behörden ihre Tätigkeit fortsetzen.

Von der gesamten Bevölkerung erwarten wir bestimmt, daß sie den Ernst der Stunde erkennt, Ruhe und Ordnung aufrecht erhält.

Insbesondere ersuchen wir die Eltern und Erzieher, Kinder und Jugendliche von den Straßen fern zu halten.

Königstein, den 14. November 1918.

Der Arbeiterrat:  
Freund, Haffelbach, Stahl,  
Dornau, Rowald.

Der Soldatenrat:  
Billmer, Regenbach.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei der Krankheit und dem Hinscheiden meines innigstgeliebten Sohnes, unseres herzensguten Bruders, Schwagers, Onkels, Neffen und Veters

Herrn **Adam Heber, Gärtner,**

sagen wir herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir den barmh. Schwestern für ihre liebevolle Pflege, seinen Kameradinnen und Kameraden für den ehrenvollen Nachruf, allen Spendern von Blumen, Kerzen und Kränzen sowie allen die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

I. d. N.: Frau Elisabeth Heber Wwe.

Königstein, den 18. November 1918.

## Todes-Anzeige.

Tief erschüttert in unbegrenztem Schmerze allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß es Gottes Ratschluß war, meinen innigstgeliebten, treubesorgten Gatten

Herrn **Johann Herrmann III.**

im Alter von 56 Jahren in der Nacht von Sonntag auf Montag 12 Uhr, nach kurzem schweren Leiden, 3 Tage nach Grabeschluß unserer unvergeßlichen Tochter, zu sich abzurufen.

In tiefem Schmerze:

Die schwergeprüfte Gattin  
**Margareta Herrmann**  
und die Angehörigen.

**Hornau, Kelkheim, 18. November 1918.**

Die Beerdigung findet statt: **Mittwoch, nachmittags 4 Uhr.**

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres geliebten Sohnes und Bruders

Herrn **Georg Ernst**

sagen wir allen für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden, den Jungfrauen und Kameraden für den ehrenvollen Nachruf am Grabe, insbesondere den Aerzten und Schwestern des Krankenhauses in Königstein für die aufopfernde Pflege, auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

**Familie Josef Ernst.**

Schneidhain, den 18. November 1918.

## Brotzusatzkarten-Ausgabe.

Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung der Dienstgeschäfte im Lebensmittelbüro auf dem hiesigen Rathaus wird hiermit angeordnet, daß die Brotzusatzkarten in der zweiten Woche der Brotkartenperiode vorm. von 8-10 Uhr auf Zimmer Nr. 4, abzuholen sind und zwar:

### für Schwerarbeiter

am Dienstag für die Anfangsbuchstaben der Familiennamen A-G

am Mittwoch für die Anfangsbuchstaben der Familiennamen H-L

am Donnerstag für die Anfangsbuchstaben der Familiennamen M-Z

Königstein im Taunus, den 16. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

## Kanzlei- & Papiere

Schreib- und Konzept-

Papiere

für Behörden und Privatgebrauch (Normalpapiere sowie Vorrat)

und passende Hüllen,

Aktenfächer, Versand-

taschen, Postpapiere

in Quart und Oktav und Hüllen

empfehlen

**Ph. Kleinböhl,**

Königstein

Hauptstr. 41 — Fernruf 44.

## Bekanntmachung.

Infolge der politischen Lage findet eine Verlegung von Formationen des Großen Hauptquartiers nach hier nicht statt. Alle hiesigen Einwohner, welche glauben infolge der Benutzung ihrer Grundstücke, Gebäude und Räume durch die Vorposten zu Ansprüchen auf Grund des Kriegsteilnahmegesetzes berechtigt zu sein, werden aufgefordert, solche Ansprüche bis zum 1. Dezember ds. Jrs. bei der Stadtgemeinde schriftlich geltend zu machen.

Königstein i. T., den 16. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

## Bekanntmachung.

Nach Mitteilung der Wehrverteilungsstelle Homburg können die bestellten Runkelrüben nicht geliefert werden.

Königstein im Taunus, den 18. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

## Feldgedrucktes

Frühstückpapier,

weil, in Rollen zu haben

in der Druckerei

**Ph. Kleinböhl,**

Königstein, Hauptstr. 41.

Schiedsbriefumschläge

und Zahlkarten

werden sauber und vorschriftsmäßig mit der Kontonummer

bedruckt geliefert von der

Druckerei **Ph. Kleinböhl,**

Königstein im Taunus,

Postfachkonto Frankfurt (M.)

Nr. 9927. — Fernsprecher 44.